

Zwischen Gelehrtengeellschaft und Forschungsakademie

Die Österreichische Akademie der Wissenschaften 1945–1965

Johannes Feichtinger und Heidemarie Uhl

Die Struktur der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) und ihre Stellung in der heutigen Wissenschaftslandschaft beruht entscheidend auf ihrer Reorganisation zur Forschungsakademie ab Mitte der 1960er-Jahre. In den Jahren zwischen 1945 und 1965 wurde mehrmals die Frage verhandelt, wie in Zukunft die wissenschaftliche Produktion in Österreich organisiert und strukturiert werden sollte. Der ÖAW gelang es, trotz etlicher Initiativen zur völligen Umstrukturierung der Forschungslandschaft, die eine Bedeutungsminde rung der Akademie durch neu zu schaf fende Forschungseinrichtungen bewirkt hätten, ein wesentlicher Akteur zu bleiben. Zugleich nahm sie maßgeblichen Einfluss auf die Art und Weise der Etablierung der staatlichen Forschungsförderung in Österreich. Ab Mitte der 1960er-Jahre entwickelte sie sich zu dem nach wie vor größten außeruniversitären Forschungsträger des Landes.

Wir haben uns hier die Aufgabe gestellt, drei wesentliche Aspekte der Entwicklung der ÖAW in der Zeit des Kalten Krieges bzw. der Systemkonkurrenz zwischen Ost und West herauszuarbeiten und möchten sie in zwei Kapiteln unter den Fragestellungen ‚Geteilte Geschichten. Die Wiener Akademie in der zentraleuropäischen Akademienlandschaft‘, ‚Lehren aus Ost und West. Die ÖAW und die Neustrukturierung der österreichischen Wissenschaftslandschaft‘ darstellen sowie schließlich die Frage diskutie-

ren, ob die ÖAW nach dem sowjetischen Modell zur Forschungsakademie umgestaltet wurde.

Geteilte Geschichten. Die Wiener Akademie in der zentraleuropäischen Akademienlandschaft

Die Vorstellung, dass der Kalte Krieg bestehende systemübergreifende Akademiekooperationen völlig unterbunden bzw. unterbrochen hat, hält der historischen Überprüfung nicht stand: Einerseits wurde die im ausgehenden 19. Jahrhundert institutionalisierte Zusammenarbeit mit den deutschen Wissenschaftsakademien unmittelbar nach dem Staatsvertrag 1955 mit den Akademien in der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik wieder aufgenommen; andererseits begannen – wenngleich nicht vor der Mitte der 1960er-Jahre – die ersten Kooperationen mit den Akademien der Wissenschaften in der kommunistischen Staatenwelt. Zwischen 1965 und 1981 schloss die Österreichische Akademie der Wissenschaften Kooperationsverträge mit den Akademien der sozialistischen Volksrepubliken in Zentral- und Ostmitteleuropa (Polen, Rumänien, Ungarn, Bulgarien, ČSSR, DDR, Jugoslawien) und der UdSSR zum Zweck des internationalen Wissenschaftlertausches. Das Erstaunliche daran ist, dass *erstmalig* in der Zeit des Kalten Krieges die Zusammenarbeit zwischen der Akademie der Wissenschaften in Wien und den Akademien in den vormals habsburgischen Ländern, die nun jenseits der Systemgrenze lagen, formell etabliert wurde. Am Ende des 19. Jahrhunderts orientierte sich die Wiener Akademie an Deutschland, zu den Schwesterakademien in Prag, Budapest, Zagreb und Krakau gab es kaum institutionalisierte Kontakte.

Als die Akademie der Wissenschaften in Wien durch das kaiserliche Patent 14/5 im Jahr 1847 gegründet wurde, existierten auf dem Gebiet der Habsburgermonarchie bereits andere gelehrte Körperschaften: die Königliche böhmische Gesellschaft der Wissenschaften, die erste und älteste gelehrte Gesellschaft, gegründet

1784 in Prag, die Ungarische Akademie der Wissenschaften, gegründet 1825 in Bratislava von István Széchenyi „zur Förderung der Wissenschaften in ung. Sprache“, später Pest bzw. Budapest,¹ sowie „die k.k. Institute der Wissenschaften in Mailand und Venedig [...], das Kabinet der Minerva zu Triest, die Akademien der Wissenschaften zu Padua und Rovigo, die Athenäen zu Venedig, Treviso, Brescia und Bergamo und Saló, die Accademia degli Agiati zu Roveredo, das gräflich Ossoliński'sche literarische Institut zu Lemberg und der Literaten-Verein in Agram.“²

Im Lauf des 19. Jahrhunderts kamen vor dem Hintergrund der Nationalisierung der Wissenschaften noch weitere Akademien hinzu: die Südslawische Akademie der Wissenschaften und Künste, gegründet mit Allerhöchster EntschlieÙung vom 7. März 1863 im Jahr 1866 in Agram/Zagreb zum Zweck der Förderung von Wissenschaft und Kunst im Allgemeinen und insbesondere zur Pflege der südslawischen Literatur und Sprache, die kaiserliche Akademie der Wissenschaften und Künste in Krakau, gegründet 1872 zur Pflege der Wissenschaften in polnischer Sprache; in Prag zwei in nationaler Hinsicht konkurrierende Einrichtungen, die 1890 errichtete Böhmisches Kaiser-Franz-Joseph-Akademie für Wissenschaften, Literatur und Kunst (1918 umbenannt in Tschechische Akademie der Wissenschaften und Künste) sowie die 1891 gegründete Gesellschaft zur Förderung deutscher Wissenschaft, Kunst und Literatur.³

In der Anfangszeit der kaiserlichen Akademie der Wissenschaften in Wien waren noch Mitglieder der gelehrten Gesellschaften in Prag und Pest mit Wohnsitz in Böhmen oder Ungarn zu

1 Vgl. Conrad Grau, *Berühmte Wissenschaftsakademien. Von ihrem Entstehen und ihrem weltweiten Erfolg*, Thun/Frankfurt am Main 1988, S. 302, 320.

2 Die österreichischen Akademien und Vereine für Wissenschaft und Kunst im Jahre 1841, in: *Oesterreichische Blätter für Literatur und Kunst*, 6.8.1846, S. 729–732, hier S. 729.

3 Vgl. Josef Ulbrich, *Akademien*, in: *Österreichisches Staatswörterbuch. Handbuch des gesamten österreichischen öffentlichen Rechtes*, hg. unter Mitwirkung zahlreicher hervorragender Fachmänner von Ernst Mischler und Josef Ulbrich. Bd. 1, Wien 1905, S. 116–118.

wirklichen Mitgliedern der Akademie in Wien gewählt worden;⁴ im Jahr 1917 zählten nur noch wenige Professoren aus Prag, Brünn und Krakau zu den korrespondierenden Mitgliedern.⁵ Unter den Mitgliedern der Wiener Akademie befand sich kein einziges aus Lemberg oder Czernowitz.

Die kaiserliche Akademie der Wissenschaften in Wien hatte sich spätestens 1893 als Gründungsmitglied des sogenannten Kartells, dem Verband der gelehrten Gesellschaften in Göttingen, Leipzig, München und Wien, dem 1906 die Berliner und 1911 die Heidelberger Akademie beitraten, nicht so sehr als habsburgisch-zentraleuropäische, sondern als deutsche Akademie verstanden.⁶

4 Z. B. Carl Kreil, Professor der Astronomie an der Universität Prag; Emanuel August Reuss, Professor der Mineralogie an der Universität Prag; Friedrich Rochleder, Professor der Chemie an der Universität Prag; Johann Purkyně, Professor der Physiologie an der Universität Prag; Paul Joseph Šafařík, Kustos der Universitätsbibliothek Prag; Franz Palacký, Geschäftsleiter des vaterländischen Museums in Böhmen und Joseph Graf Teleky von Szék, Präsident der königlich ungarischen Gelehrten-Gesellschaft zu Pesth. Vgl. Mitglieder- und Personenstandsverzeichnisse, veröffentlicht in den Almanachen der Akademie der Wissenschaften in Wien, Wien 1851 (Jg. 1) – 1918 (Jg. 68).

5 An der deutschen Universität in Prag: Günther Beck, Friedrich Czapek, Anton Ghon, Armin Tschermak, Karl Holzinger, August Sauer; an der deutschen technischen Hochschule in Brünn: Bertold Bretholz; an der Universität in Krakau: Stanislaus Graf Tarnowski.

6 Zum Verband wissenschaftlicher Körperschaften (Kartell) vgl. Christine Ottner, Zwischen Berlin und Wien: Theodor Mommsen, Wilhelm von Hartel und Eduard Suess als Proponenten des deutsch-österreichischen Akademiekartells von 1893, in: Karl R. Krierer/Ina Friedmann (Hg.), Netzwerke der Altertumswissenschaften im 19. Jahrhundert. Beiträge der Tagung vom 30.–31. Mai 2014 an der Universität Wien, Wien 2016, S. 159–170; Martin Gierl, Geschichte und Organisation. Institutionalisierung als Kommunikationsprozess am Beispiel der Wissenschaftsakademien um 1900, Göttingen 2004, S. 213–320; Hubert Laitko, Die Preußische Akademie der Wissenschaften und die neuen Arbeitsteilungen. Ihr Verhältnis zum „Kartell“ der deutschsprachigen Akademien und zur Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, in: Jürgen Kocka (Hg.) unter Mitarbeit von Rainer Hohlfeld und Peter Th. Walther, Die Königlich Preussische Akademie der Wissenschaften zu Berlin im Kaiserreich (Forschungsberichte der Interdisziplinären Arbeitsgruppen der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften 7), Berlin 1999, S. 149–173; Conrad Grau, Die Wissenschaftsakademien in der deutschen Gesellschaft: Das „Kartell“ von 1893 bis 1940, in: Christoph J. Scriba (Hg.), Leopoldina-Symposium: Die Elite der Nation im Dritten Reich. Das Verhältnis von Akademien und ihrem wissenschaftlichen Umfeld zum Nationalsozialismus (Acta historica Leopoldina 22), Leipzig 1995,

Das „Kartell der deutschen Akademien“⁷ wurde nach dem Ersten Weltkrieg wiederbelebt, die „unauflösliche Kulturgemeinschaft mit den Deutschen im Reich“ blieb aus Sicht der Wiener Akademie „eine Lebensbedingung für die Fortentwicklung des wissenschaftlichen Lebens im österreichischen Vaterland“.⁸ In der Zeit des Nationalsozialismus wurde das Kartell in den „Reichsverband der deutschen Akademien der Wissenschaften“ (1940) umgewandelt.⁹ Die Akademie der Wissenschaften in Wien bezeichnete sich nun – so wie alle anderen Akademien des „Reichsverbandes“ – als eine „Societät der Reichsakademie“.¹⁰ Mit der Wiedererrichtung der Republik Österreich 1945 stand für die Akademie der Wissenschaften in Wien die personelle und institutionelle Neuordnung im Vordergrund. Höchstes Ziel war die Wiedererlangung jener weitgehenden Autonomie, die sie durch das Akademiegesetz von 1921 erreicht hatte. Am 23. Mai 1945 wurde das am 18. Mai 1945 vom interimistischen Leiter der Akademie Ernst Späth gestellte Ansuchen um Wiederinkrafttreten des Akademiegesetzes vom

S. 31–56; Daniel J. Kevles, „Into Hostile Political Camps“: The Reorganization of International Science in World War I, in: *Isis* 62 (1971) 1, S. 47–60.

- 7 Richard Meister, *Geschichte der Akademie der Wissenschaften in Wien 1847–1947*, Wien 1947, S. 115 (und weitere Nennungen).
- 8 Friedrich Becke, Bericht der Kaiserlichen Akademie der Wissenschaften und der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse über ihre Wirksamkeit und die Veränderungen vom 2. Juni 1917 bis 29. Mai 1918. Erstattet vom Generalsekretär, in: *Akademie der Wissenschaften in Wien. Almanach für das Jahr 1918*, Jg. 68, Wien 1918, S. 237–322, S. 281.
- 9 Vgl. Felicitas Seebacher, „Die Leistungen der deutschen Wissenschaft mit allen Kräften steigern“. Das nationalsozialistische Projekt der Reichsakademie der Deutschen Wissenschaft, in: Johannes Feichtinger/Herbert Matis/Stefan Siennell/Heidemarie Uhl (Hg.), *Die Akademie der Wissenschaften in Wien 1938 bis 1945. Katalog zur Ausstellung*, Wien 2013, S. 147–155.
- 10 Vgl. *Akademie der Wissenschaften in Wien. Societät der Reichsakademie. Almanach für das Jahr 1941*, Jg. 91, Wien 1941. Weiters die Almanache für die Jahre 1942 und 1943 (Jg. 91, Jg. 92, Wien 1942 und 1943). Zum letztlich gescheiterten Projekt der Reichsakademie vgl. Peter Nötzoldt, *Strategien der deutschen Wissenschaftsakademien gegen Bedeutungsverlust und Funktionsverarmung*, in: Wolfram Fischer (Hg.) unter Mitarbeit von Rainer Hohlfeld und Peter Nötzoldt, *Die Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1914–1945*, Berlin 2000, S. 237–277, hier S. 264–270.

Staatsamt für Volksaufklärung, für Unterricht und Erziehung und für Kultusangelegenheiten bewilligt.¹¹

Aufgrund des Verbotsgesetzes vom 8. Mai 1945 musste die Akademie die Entnazifizierung ihrer Mitglieder in Angriff nehmen. Die politische Überprüfung 1945/46 ergab, dass von 53 wirklichen Mitgliedern 26 der NSDAP angehört oder Parteianwärter gewesen waren. Von den 66 korrespondierenden Mitgliedern im Inland traf dies auf 38 zu. Zunächst wurde die Mitgliedschaft von vier Akademiemitgliedern für erloschen erklärt; die Mitgliedschaft der weiteren Betroffenen wurde vorübergehend offiziell „ruhendgestellt“. Insgesamt wurde von dauerhaften Ausschlüssen selbst illegaler NSDAP-Mitglieder abgesehen. Im Jahr 1949 schienen beinahe sämtliche vormalige NSDAP-Mitglieder, auch wenn sie an den Universitäten entlassen oder gekündigt worden waren, wieder im Mitgliederverzeichnis der ÖAW auf.¹² Direkte Interventionen vonseiten der alliierten Verwaltungsbehörden beschränkten sich auf ein Mindestmaß; das Präsidium der Akademie musste Berichte über seine Tätigkeit und über den Stand Entnazifizierung ihrer Mitglieder vorlegen.¹³

Ein wichtiges Anliegen der Akademie war die Wiederaufnahme von internationalen Kontakten. Ab Herbst 1945 wurde der Schrif-

11 Vgl. Schreiben der Akademie der Wissenschaften in Wien an das Staatsamt für Volksaufklärung, für Unterricht und Erziehung und für Kultusangelegenheiten vom 19. Mai 1945. Beilage zum Protokoll der Gesamtsitzung am 18. Mai 1945. AÖAW. Protokoll der Gesamtsitzung am 18. Mai 1945 (A 994); Vgl. Bericht des Stellvertreters des interimistischen Leiters der Akademie der Wissenschaften in Wien, Prof. Dr. Richard Meister, in der Gesamtsitzung am 22. Juni 1945, S. 10. Beilage zum Protokoll der Gesamtsitzung am 22. Juni 1945. AÖAW. Protokoll der Gesamtsitzung am 22. Juni 1945 (A 995).

12 Vgl. Johannes Feichtinger/Dieter Hecht, Die Entnazifizierung an der Akademie der Wissenschaften, in: Feichtinger/Matis/Sienell/Uhl (Hg.), Die Akademie der Wissenschaften in Wien 1938 bis 1945, S. 171–188; Mitchell G. Ash/Johannes Feichtinger, Die Österreichische Akademie der Wissenschaften in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Eine Gelehrten-gesellschaft, mehrere Institute, vier politische Umbrüche, in: Rüdiger vom Bruch/Sybille Gerstengarbe/Jens Thiel/Simon Renkert (Hg.), Wissenschaftsakademien im Zeitalter der Ideologien – Politische Umbrüche – wissenschaftliche Herausforderungen – institutionelle Anpassungen (Acta Historica Leopoldina 64), Stuttgart 2014, S. 41–60.

13 Ebd.

tentat aus zunächst mit dem British Council und der Akademie der Wissenschaften der UdSSR wiederaufgenommen.¹⁴ 1949 trat die ÖAW dem International Council of Scientific Unions bei. Ab 1951 erhielt die ÖAW die Möglichkeit, der Fulbright Commission Kandidatinnen und Kandidaten für die Bewerbung um Lehraufträge oder Stipendien in den USA vorzuschlagen.

Die Akademie der Wissenschaften in Wien beteiligte sich auch umgehend an der Propagierung eines neuen österreichischen Nationalbewusstseins. Akademiekommissionen wurden mit dem Attribut „österreichisch“ versehen¹⁵ wie z. B. die Verbandskommission österreichischer Wissenschaft, eingesetzt am 3. August 1945; auch wurden neue Österreich-Projekte initiiert wie z. B. das *Österreichische Biographische Lexikon*, für dessen Ausarbeitung am 25. Oktober 1946 eine klassenübergreifende Kommission eingesetzt wurde, oder die Kommission zur Schaffung einer Geschichte Österreichs, eingesetzt am 4. Februar 1959. 1947, zu ihrem Hundertjahrjubiläum, benannte sich die „Akademie der Wissenschaften in Wien“ in einem „Akt symbolischer Neuverortung“ in „Österreichische Akademie der Wissenschaften“ um.¹⁶

Trotz der offiziellen programmatischen Ausrichtung auf die österreichische Nation dominierte in der Österreichischen Akademie der Wissenschaften weiterhin die Vorstellung ihrer Einbettung in einen gesamtdeutschen Geschichtszusammenhang. Das

14 AÖAW. Protokoll der Gesamtsitzung vom 25. Oktober 1946 (A 1005); AÖAW. Protokoll der Gesamtsitzung vom 10. Jänner 1947 (A 1007).

15 Die am 3. August 1945 eingesetzte Verbandskommission österreichischer Wissenschaft veröffentlichte vier Jahrgänge eines *Jahrbuches der österreichischen Wissenschaft* im Österreichischen Bundesverlag 1 (1948) – 4 (1958) und ein *Handbuch der Österreichischen Wissenschaft* (1965).

16 Vgl. Heidemarie Uhl, Hundertjahrfeier der Akademie der Wissenschaften 1947. Österreich-Identität – Neuverortung in der internationalen *scientific community* – Ausblendung der NS-Zeit, in: Feichtinger/Matis/Sienell/Uhl (Hg.), Die Akademie der Wissenschaften in Wien 1938 bis 1945, S. 199–208; Johannes Feichtinger/Heidemarie Uhl, Die Österreichische Akademie der Wissenschaften nach 1945. Eine Gelehrten-gesellschaft im Spannungsfeld von Wissenschaft, Politik und Gesellschaft, in: Margarethe Grandner/Gernot Heiss/Oliver Rathkolb (Hg.), Zukunft mit Altlasten. Die Universität Wien 1945 bis 1955 (Querschnitte 19), Innsbruck [u. a.] 2005, S. 313–339.

zeigt sich insbesondere in der Haltung zu dem als aufgelöst zu betrachtenden Kartell der Akademien. In der Gesamtsitzung vom 11. März 1949 verlas Vizepräsident Richard Meister eine von der phil.-hist. Klasse in ihrer Sitzung am 9. März dieses Jahres angenommene „Erklärung der Akademie zum Kartell der deutschen Akademien“ im Zusammenhang mit der Weiterführung des *Thesaurus Linguae Latinae*: „Gleichgültig, wie die Frage des Kartells gelöst wird, betrachtet sich die Österreichische Akademie der Wissenschaften als zu der Gruppe der gegenüber den deutschen Akademien ausländischen Akademien gehörig.“ Aber, so argumentierte Meister weiter: Da das Kartell „keine Schöpfung aus der Zeit von 1938–1945“ sei, sondern zu einem Zeitpunkt gegründet wurde, „da Österreich gegenüber dem Deutschen Reiche so wie heute Ausland war,“ würde eine Teilnahme Österreichs am Kartell ebenso möglich sein.¹⁷ Die ÖAW schickte Anfang der 1950er-Jahre hochrangige Vertreter zu Jubiläumsfeiern deutscher Akademien: 1950 Akademie-Präsident Heinrich Ficker und Generalsekretär Josef Keil zur 250-Jahrfeier der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, 1951 Vizepräsident Richard Meister zur 200-Jahrfeier der Akademie der Wissenschaften zu Göttingen.

Mit dem österreichischen Staatsvertrag 1955 und der Wiedererlangung der vollständigen Souveränität eröffneten sich neue Handlungsspielräume, dies zeigt sich auch in der Wiederaufnahme bzw. Intensivierung der Zusammenarbeit mit den deutschen Akademien. Im Rahmen der feierlichen Sitzung der ÖAW im Mai 1956 wurde die erste der sogenannten Arbeitsbesprechungen der Präsidenten abgehalten, durch die die Tradition der Treffen des ehemaligen „Kartells der deutschen Akademien“ anlässlich ihrer feierlichen Jahressitzungen wieder aufgegriffen wurde.¹⁸ Bis 1964 fanden diese Arbeitsbesprechungen in Wien (5mal), in München (2mal), in Berlin (2mal), in Göttingen und Leipzig (je 1mal) statt.

17 AÖAW. Protokoll der Gesamtsitzung vom 11. März 1949 (A 1025), S. 4.

18 AÖAW. Protokoll der Gesamtsitzung vom 11. März 1949 (A 1025), S. 4 („Erklärung der Akademie zum Kartell der deutschen Akademien“). Vgl. Andreas Wöckinger, Die Akademie der Wissenschaften in Wien im Kartell der deutschsprachigen Akademien, phil. Diplomarbeit, Wien 2010.

Richard Meister hatte als Vizepräsident (1945–1951) und Präsident der ÖAW (1951–1963) die traditionelle Ausrichtung auf die deutschen Akademien wieder durchgesetzt.

Institutionalisierte Kooperationen mit den Akademien jenseits des Eisernen Vorhangs (mit Ausnahme der DDR) wurden hingegen vorläufig nicht in Betracht gezogen. Obwohl sich die Akademien der sozialistischen Volksrepubliken seit Mitte der 1950er-Jahre um eine Zusammenarbeit mit der ÖAW bemühten, blieb der personelle Austausch zunächst bescheiden. Folgende Daten seien zur Illustration angeführt: 1954 lud die Serbische Akademie der Wissenschaften zwei Wiener Akademiestmitglieder zu Vorträgen nach Belgrad ein, 1955 wurden zwei serbische Akademiestmitglieder für Vorträge nach Wien eingeladen.¹⁹ Im selben Jahr lud die Akademie der Wissenschaften der UdSSR zur Teilnahme an einer Konferenz über die Nutzung der Atomenergie für friedliche Zwecke. Zwei Wiener Akademiestmitglieder (Berta Karlik und Erich Schmid) vertraten Österreich.²⁰ Während des Aufstandes 1956 erreichte ein „Hilferuf“ der Bibliothek der Ungarischen Akademie der Wissenschaften die ÖAW, der allerdings abschlägig beschieden wurde. Meister im Wortlaut: „Eine solche Kundgebung seitens der Akademie wäre mit der Verpflichtung Österreichs zur Neutralität unvereinbar und kann daher nicht einmal Gegenstand einer Anfrage an das Bundeskanzleramt sein.“²¹

Etliche Einladungen zentraleuropäischer sozialistischer Akademien zu Konferenzteilnahmen wurden nicht angenommen. Akademiepräsident Richard Meister erklärte nach einer Vorsprache im Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten 1957 in einer Gesamtsitzung der Akademie, „daß der Herr Bundesminister

19 AÖAW. Protokoll der Gesamtsitzung vom 28. Jänner 1955 (A 1070), S. 6. Ein Bericht über die Gastvorträge befindet sich in AÖAW. Protokoll der Gesamtsitzung vom 24. Juni 1955 (A 1074), S. 8. In der Sitzung vom 15. Mai 1956 teilte Richard Meister mit, dass ein weiteres Mitglied der Serbischen Akademie der Wissenschaften in Belgrad am 23. Mai dieses Jahres einen Vortrag an der Akademie in Wien halten werde. AÖAW. Protokoll der Gesamtsitzung vom 15. Mai 1956 (A 1081), S. 3.

20 AÖAW. Protokoll der Gesamtsitzung vom 24. Juni 1955 (A 1074), S. 8.

21 AÖAW. Protokoll der Gesamtsitzung vom 9. November 1956 (A 1084), S. 4.

für Unterricht [Drimmel] sich gegen einen regeren Kulturaustausch mit den Staaten des Ostblocks ausgesprochen hat.“ Meister habe daher mit dem Leiter der Kulturabteilung im Bundeskanzleramt, Karl Braunias, besprochen, „daß [...] ein genereller engerer Verkehr derzeit besser nicht ausdrücklich vereinbart wird“, der Einladung einzelner Gelehrter durch die Akademie oder durch eine Hochschule (Fakultät) oder durch beide aber grundsätzlich nichts im Wege stünde.²² Was den konkreten Anlassfall – die Einladung seitens der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften zur Entsendung eines ÖAW-Vertreterers zu einer Internationalen Comenius-Konferenz im Herbst 1957 – betraf, schlug Meister vor, die Einladung anzunehmen, aber keinen regelmäßigen Austausch von Vortragenden einzurichten: „Ein Kulturabkommen zwischen Österreich und der CSR [sic] besteht nicht und es ist auch kein Abschluss eines solchen in Aussicht genommen. Es wird daher nicht möglich sein, einen regelmäßigen Austausch von Vortragenden einzurichten.“²³ Meister selbst hielt 1960 auf Einladung der Ungarischen Akademie der Wissenschaften zwei Vorträge in Budapest, u. a. über die Organisation und Tätigkeit der ÖAW.

Ab Anfang der 1960er-Jahre kamen die Präsidenten der Polnischen, der Ungarischen und der Jugoslawischen Akademie auf Einladung unterschiedlicher Institutionen zu Vortragszwecken nach Wien. Besuche an den Akademien in Warschau, Bukarest und Prag absolvierte erst Meisters Nachfolger Erich Schmid ab 1965. Ab diesem Zeitpunkt wurde ein bilateraler Wissenschaftler-austausch mit den Akademien in den sozialistischen Volksrepubliken entwickelt, durch Abkommen institutionalisiert und gemeinsame Symposien (u. a. 1968/69 mit der Akademie in Prag über Kondensations- und Gefrierkerne) durchgeführt. In den späten 1960er-Jahren bahnte der Wiener Physiker Walter Thirring die Zusammenarbeit zwischen dem Institut für Hochenergiephysik der ÖAW, der Universität Wien, der Technischen Hochschule und der Slowakischen Akademie der Wissenschaften in Bratislava

22 AÖAW. Protokoll der Gesamtsitzung vom 18. Jänner 1957 (A 1086), S. 7.

23 Ebd.

sowie der Universität Budapest im Rahmen des „Triangle-Seminars“ im Bereich der Hochenergiephysik an.²⁴

Lange vor der Institutionalisierung bilateraler Wissenschaftsbeziehungen war der Schriftentausch mit den Akademien ost(mittel-)europäischer Staaten wiederaufgenommen worden.²⁵ Im November 1945 wurde auf Initiative des Physikers Mandelstein der Schriftentausch mit der Akademie der Wissenschaften der UdSSR wieder provisorisch (ab 1949 definitiv) in Gang gesetzt. Gewünscht waren von russischer Seite die Veröffentlichungen von 1939 bis 1945. Auch wurden u. a. mit der Tschechischen Akademie der Wissenschaften und Künste in Prag (ab 1952 Tschechoslowakische Akademie der Wissenschaften), mit der Bulgarischen Akademie der Wissenschaften in Sofia, mit der Serbischen Akademie der Wissenschaften und Künste in Belgrad, mit der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Warschau und mit der Akademie der Wissenschaften der Ukrainischen SSR in Kiew wieder unregelmäßig erste Schriften getauscht. Systematisch ausgebaut wurde der Schriftentausch mit west- und osteuropäischen Staaten ab 1949/50.

Die österreichischen Historiker spielten eine wichtige Rolle bei der Aufnahme der Wissenschaftsbeziehungen zu den Ostblockstaaten. Dies zeigt sich an verschiedenen Initiativen, die bereits in den 1950er-Jahren gesetzt wurden. Zu nennen ist vor allem das Projekt „Die Habsburgermonarchie 1848–1918“, das von der 1959 eingesetzten Kommission für die Geschichte der österrei-

24 Vgl. Juraj Šebesta, Triangle Collaboration, in: Michał Kokowski (ed.), *The Global and the Local: The History of Science and the Cultural Integration of Europe. Proceedings of the 2nd International Conference of the European Society for the History of Science* (Cracow, Poland, September 6-9, 2006), Kraków 2007, S. 503–506 (in deutscher Sprache: *Die Triangle-Kooperation*, in: Wolfgang L. Reiter u. a. (Hg.), *Wissenschaft, Technologie und industrielle Entwicklung in Zentraleuropa im Kalten Krieg*, Wien 2017, S. 303–310).

25 Rosemarie Burgstaller hat im Rahmen des ÖAW-Projekts „Bruchlinien und Kontinuitäten. Die Österreichische Akademie der Wissenschaften im 20. Jahrhundert“ Forschungsergebnisse zur Wiederaufnahme des Schriftentausches zwischen der ÖAW und den Akademien der Wissenschaften in Ländern jenseits des Eisernen Vorhangs im Jahr 2014 auf zwei Konferenzen an der Tschechischen Akademie der Wissenschaften in Prag präsentiert.

chisch-ungarischen Monarchie an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften initiiert und durchgeführt wurde. Die Anlaufschwierigkeit des Habsburgermonarchie-Projekts,²⁶ das vor dem Hintergrund des Kalten Krieges entwickelt wurde, zeugen von den Hindernissen, die überwunden werden mussten, um systemübergreifende Wissenschaftskooperationen zu realisieren. Der Widerstand gegen das Thema war zunächst groß, im In- und Ausland eine kritische Haltung zur Zeit der Habsburgermonarchie weit verbreitet. Den Anstoß für das Projekt soll 1952 Unterrichtsminister Drimmel gegeben haben; man versuchte die Rockefeller Foundation für die Finanzierung zu gewinnen, unter anderem mit dem Argument, dass der supra- bzw. multinationale Vielvölkerstaat einen Modellfall für den anlaufenden Integrationsprozess in Europa darstellte.²⁷ Hugo Hantsch und sein Assistent Fritz Fellner bereisten 1957 mit einem travel grant der Stiftung die USA und fanden unter den Historikern Unterstützer (unter ihnen die aus Zentraleuropa vertriebenen Hans Kohn, Hajo Holborn und Friedrich Engel-Janosi).²⁸ In den USA wurde das „Habsburg Monarchy Committee“ (Vorsitzender Hans Kohn, Sekretär R. John Rath) errichtet, von Fritz Fellner und Gerald Stourzh ein Memorandum „Die Habsburgermonarchie und das Problem des übernationalen

26 Vgl. Johannes Holeschovsky, Hugo Hantsch. Eine biographische Studie (Studien und Forschungen aus dem Niederösterreichischen Institut für Landeskunde 59), St. Pölten 2014, S. 166–171.

27 Vgl. Brief von Dr. Wilhelm Schlag, Austrian Consulate General. Cultural Affairs Section, New York, an das Bundesministerium für Unterricht. Abteilung 8, Wien, 26.1.1959. ÖSTA. AdR. BM für Unterricht. 15 B1 – Akademie der Wissenschaften 1945–1959, 1204. 32.372-I/59. Zu den unterschiedlichen Zugängen zur Habsburgermonarchie in der Zweiten Republik vgl. Johannes Feichtinger/Heidemarie Uhl, Stichwort Habsburg Zentraleuropa. Ein kulturwissenschaftliches Untersuchungsfeld, in: dies. (Hg.), Habsburg neu denken. Vielfalt und Ambivalenz in Zentraleuropa. 30 kulturwissenschaftliche Stichworte, Wien/Köln/Weimar 2016, S. 9–18.

28 Die Kommission für die Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie kooperierte mit dem US-amerikanischen Habsburg-Komitee, insbesondere im Hinblick auf den von John Rath herausgegebenen *Austrian History Newsletter* (ab 1965 *Austrian History Yearbook*).

Staates“ als Antragsgrundlage erarbeitet.²⁹ Der 1959 von der erwähnten ÖAW-Kommission nach „langer Verzögerung“ eingereichte Förderantrag wurde schließlich von der Rockefeller Foundation als zu „vag“ abgelehnt,³⁰ das „Forschungsprojekt zu einer Gesamtdarstellung der Geschichte und Kultur der österreichisch-ungarischen Monarchie“ an der ÖAW aber weiterverfolgt. Das Ziel bestand darin, so Hugo Hantsch, „die von einer rational-einseitigen Geschichtsschreibung begangenen Irrtümer, die auf eine Diskreditierung des Habsburgerreiches hinausliefen, zu korrigieren“ und „die positiven Erkenntnisse der Problematik des Vielvölkerstaates für den Aufbau eines neuen Europas nutzbringend verwerten zu können“.³¹ Das „vielfach verzerrte Bild“ von der Habsburgermonarchie, dem zufolge „mit tendenziöser Eindringlichkeit die These des ‚Völkerkerkers‘ verteidigt“ würde, sollte durch das Projekt zurechtgerückt werden und die „vom rein nationalen Standpunkt ausgehende Interpretation“ auf den „das Zusammenleben und Zusammenwirken der verschiedenen Stämme und Völker im Donaauraum“ ermöglichenden „übergeordneten Rechtszustand“ verschoben werden.³² Das Ziel der Subventionierung des Habsburgermonarchie-Projekts durch eine amerikanische Stiftung sollte mit Hilfe der Unterstützung des Internationalen Historikerverbandes erreicht werden. Auf einer dem Nationalitätenproblem in der Donaumonarchie gewidmeten Sitzung anlässlich des XI. Internationalen Kongresses für Geschichtswissenschaft in Stockholm 1960 brachte Robert Kann (Princeton University), ebenfalls ein Emigrant, eine Resolution vor. Auf der einige

29 Vgl. Adam Wandruszka, Planung und Verwirklichung, in: Alois Brusatti (Hg.), Die wirtschaftliche Entwicklung (Die Habsburgermonarchie 1848–1918 1), Wien 1973, S. XI–XIX.

30 Brief von Hajo Holborn, Yale Universität, an Dr. Wilhelm Schlag, Austrian Consulate General. Cultural Affairs Section, New York, 13. Jänner 1959, und Brief von Friedrich Engel-Janosi an Dr. Wilhelm Schlag, Austrian Consulate General. Cultural Affairs Section, New York, 22. Jänner 1959.

31 Hugo Hantsch, Forschungsprojekt zu einer Gesamtdarstellung der Geschichte und Kultur der österreichisch-ungarischen Monarchie, in: Anzeiger der österreichischen Akademie der Wissenschaften. Philosophisch-Historische Klasse 13 (1960), S. 65–74, hier S. 65f.

32 Ebd., S. 66f.

Tage später abgehaltenen Generalversammlung des Internationalen Historikerverbandes stieß die Resolution unter den rumänischen und tschechoslowakischen Historikern jedoch auf Widerstand. Sie verlangten die Einbindung der Historiker-Verbände der Nachfolgestaaten „schon im gegenwärtigen Stadium der Erörterung“.³³ Der zum Präsidenten des Internationalen Historikerverbandes gewählte Wiener Osteuropahistoriker Heinrich Felix Schmid brachte die Entschließung schließlich zur Annahme, indem er vorschlug, dass Resolution samt Projektbeschreibung den nationalen Verbänden „der heute als Volksdemokratien organisierten Nachfolge-Staaten“ zur Stellungnahme zugesandt würden, mit der Anregung, Arbeitsgruppen zu bilden und mit der Kommission für die Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie der ÖAW in Verbindung zu treten.³⁴ Die Kommission für die Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie einigte sich auf Vorschlag Richard Meisters jedoch schon im Vorfeld darauf, die Mitarbeit der Historiker der Nachfolgestaaten durch die Schaffung eines Beirates auf Grundlagenforschung zu beschränken und im Redaktionskomitee ausschließlich Österreicher zuzulassen.³⁵ 1961 lagen schließlich die Stellungnahmen der einzelnen Historikerverbände vor. Der Beschluss der Habsburg-Kommission in der Frage der internationalen Zusammenarbeit ist vielsagend: „Sie wird eine Mitarbeit besonders der Historiker aus den Nachfolgestaaten im Rahmen eines Erfahrungsaustausches begrüßen, im Übrigen aber das Projekt als ein österreichisches und von den österreichischen Historikern zu leitendes Unternehmen führen.“³⁶

33 Heinrich Felix Schmid an das Bundesministerium für Unterricht über die Österreichische Akademie der Wissenschaften in Wien. Forschungsprojekt „Österreich-Ungarn 1848–1918“. Stellungnahme des Internationalen Historikerverbandes, 9. September 1960. ÖSTA. AdR. BM für Unterricht. 15 B1 – 6 Akademie der Wissenschaften 1960–1965, 1205. 67.559-I/60.

34 Ebd.

35 Protokoll über die Sitzung der Kommission für die Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie vom 17. Oktober 1960 im Historischen Institut der Universität Wien. ÖSTA. AdR. BM für Unterricht. 15 B1 – 6 Akademie der Wissenschaften 1960–1965, 1205. 67.559-I/60.

36 Österreichische Akademie der Wissenschaften. Almanach für das Jahr 1962, Jg. 112, Wien 1963, S. 294–296, S. 294.

Trotz der Bemühungen von Hugo Hantsch und Heinrich Felix Schmid fand die Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern der Nachfolgestaaten in der Ära Richard Meister außerhalb der Akademie der Wissenschaften statt. Hervorzuheben sind die Initiativen von Richard Plaschka, der als Generalsekretär und Obmann der „Arbeitsgemeinschaft Ost“ die Wissenschaftskommunikation über den Eisernen Vorhang hinweg pflegte und verbesserte. Die Arbeitsgemeinschaft Ost war 1958 auf Initiative des Unterrichtsministeriums als eine „auf Vereinsbasis errichtete Forschungsstelle“ gegründet worden. Auf Einladung der Arbeitsgemeinschaft Ost kamen die erwähnten Wien-Besuche der Akademiepräsidenten der sozialistischen Länder Anfang der 1960er-Jahre zustande. 1964 wurde die Arbeitsgemeinschaft Ost in Österreichisches Ost- und Südosteuropa-Institut (OSI) umbenannt. Das OSI zeichnete verantwortlich für die Edition der gemeinsamen Protokolle des österreichischen und österreichisch-ungarischen Ministerrates, letztere in Kooperation mit dem Historischen Institut der Ungarischen Akademie der Wissenschaften. Bi- und multilaterale Tagungen wurden abgehalten, Hunderte Wissenschaftler aus Ost und West zu Vorträgen nach Wien eingeladen und internationale Studienprogramme aufgelegt.³⁷ Arnold Suppan verweist darauf, dass sich das OSI schon in den 1960er-Jahren „als internationale Stätte der Begegnung“ für Wissenschaftler aus Ost und West etabliert hatte.³⁸ Die zentrale Rolle Richard Plaschkas für die Anbahnung von Wissenschaftsbeziehungen zwischen Ost und West beschreibt Gerald Stourzh folgendermaßen: „Plaschka war – auch – ein hervorragender ‚Wissenschaftsdiplomate‘, der im Auf und Ab von spannungsgeladenen, entspannten und neuerlich gespannten Beziehungen – man denke nur an die Situation in der Tschecho-

37 Richard G. Plaschka/Karlheinz Mack, Das österreichische Ost- und Südosteuropa-Institut 1958–1977, in: Österreichische Osthefte 19 (1977), S. 338–354; Richard G. Plaschka, Zur Bilanz. Zwanzig Jahre Österreichisches Ost- und Südosteuropa-Institut, in: ebd., S. 7–9.

38 Arnold Suppan, Richard Georg Plaschka als Promotor der wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Österreich und Ungarn, in: Ferenc Glatz (Hg.), Die k. u. k. Armee (Begegnungen. Schriftenreihe des Europa Institutes Budapest 6), Budapest 1998, S. 123–126.

slowakei vor 1968, um 1968 und nach 1970! – jeweils die bestmöglichen Chancen für die wissenschaftlichen Kontakte zu den ostmitteleuropäischen Nachbarländern herauszuholen versuchte.“³⁹

Mit dem neuen Akademiepräsidenten Erich Schmid, der 1963 das Amt von Meister übernahm, begannen sich auch an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften die Beziehungen über den Eisernen Vorhang hinweg zusehends zu verbessern. Die ÖAW pflegte seit Mitte der 1960er-Jahre aufgrund von Austauschabkommen einen Wissenschaftleraustausch mit den Akademien und Universitäten der sozialistischen Länder Ost(mittel)europas. Die Initiativen gingen von Akademien im Einflussbereich der Sowjetunion aus. Das erste Abkommen wurde 1966 mit Polen unterzeichnet,⁴⁰ weitere Abkommen wurden in den folgenden Jahren mit Rumänien (1969), der UdSSR (1971), Ungarn (1972), Bulgarien (1977), der ČSSR (1978), der DDR (1979) und Jugoslawien (1981) geschlossen. Die Grundlage hierfür stellten Kulturabkommen zwischen der Republik Österreich und diesen Ländern dar.

Zunächst nahmen vor allem Geisteswissenschaftler das Akademieaustauschprogramm in Anspruch. Der Abschluss des Abkommens mit der UdSSR verlieh dem Austausch in den Naturwissenschaften besonderen Auftrieb. Durch das Abkommen mit der Akademija nauk SSSR, das seit 1969 vorverhandelt wurde,⁴¹ sollte

39 Gerald Stourzh, Richard Georg Plaschka. Nachruf, in: Österreichische Akademie der Wissenschaften. Almanach für das Jahr 2001/2002, Jg. 152, Wien 2002, S. 485–498, S. 489.

40 Vgl. Johannes Feichtinger, Der Kalte Krieg verbindet. Wissenschaft zwischen Ost und West. 50 Jahre Wissenschaftleraustausch zwischen der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und der Polnischen Akademie der Wissenschaften, in: Jahrbuch des Wissenschaftlichen Zentrums der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Wien 6 (2016), S. 23–43, hier S. 37.

41 Unterzeichnet in Moskau am 23. Februar 1971 durch Vizepräsident Herbert Hunger und J. W. Peive, Hauptsekretär des Präsidiums der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. Mit der UdSSR hatte die Republik Österreich am 24. Mai 1968 ein Abkommen über die wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit geschlossen. 1969 wurde der Akademie über die Botschaft der UdSSR in Wien der Vorschlag eines Abkommens zwischen der ÖAW und der Akademija nauk SSSR hinsichtlich des Austausches von Wissenschaftlern überreicht.

u. a. der Austausch von Atomphysikern zwischen Österreich und der UdSSR forciert werden.⁴²

Seit den 1970er-Jahren wurden die Beziehungen mit den sozialistischen Volksrepubliken auch durch bilaterale Historikerkommissionen verfestigt: Diese wurden an der ÖAW als Subkommissionen an der Kommission für die Geschichte Österreichs eingerichtet: Österreich und Jugoslawien in neuerer Zeit (eingesetzt 1973, Obmann Adam Wandruszka), Österreich und Ungarn (eingesetzt 1976, Obmann Richard Plaschka), Österreich und Polen (1983), Österreich und die Tschechoslowakei (eingesetzt 1986, Obmann Richard Plaschka) und die gemischte österreichisch-ungarische Kommission für Literaturwissenschaft (eingesetzt 1978, Obmann Herbert Seidler). Gerald Stourzh schreibt dazu: „Die kulturpolitische Rolle dieser grenzüberschreitenden Historikerkoooperation in den Siebziger- und Achtzigerjahren quer über den Eisernen Vorhang hinweg war wohl von Land zu Land verschieden, ist aber im Rückblick insgesamt hoch einzuschätzen.“⁴³

Lehren aus Ost und West.

Die ÖAW und die Neustrukturierung der österreichischen Wissenschaftslandschaft

In den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten spielte Richard Meister die zentrale Rolle in der Neustrukturierung der Akademie der Wissenschaften sowie darüber hinaus der außeruniversitären Forschungslandschaft in Österreich. Gezeigt werden kann, dass Meister hierfür auf seine Einblicke in und Erfahrungen mit dem ost- und westdeutschen Akademiemodell zurückgriff. Anzunehmen ist, dass sich auf Richard Meisters Initiative hin die Präsidenten der Akademien der Wissenschaften in Berlin, Göttingen, Leipzig, München und Wien zur ersten „informellen Arbeitsbesprechung“ im Jahr 1956 in Wien zusammenfanden. Aus dieser

42 Vgl. Reinhard Hampl, Sowjetforscher im Anmarsch auf Wien, in: Die Presse, 25.9.1970.

43 Stourzh, Richard Georg Plaschka, S. 492.

Zusammenkunft entwickelte sich das Format der „Arbeitsbesprechungen der Präsidenten“ der genannten Akademien. Sie wurden bis 1964 regelmäßig durchgeführt, die letzte fand im Jahr nach dem Rücktritt Meisters als Akademiepräsident statt.

Die Struktur der außeruniversitären Forschungsorganisation und der Wissenschaftsförderung in Österreich unterschied sich wesentlich von der des Auslandes, insbesondere der beiden deutschen Staaten. Österreich verfügte weder über eine Institute führende Trägerorganisation außeruniversitärer Wissenschaft wie die Max-Planck-Gesellschaft (vormals Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft) noch über einen Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung wie die Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft bzw. die Deutsche Forschungsgemeinschaft. Die außeruniversitäre Forschung konzentrierte sich weitgehend auf die Akademie der Wissenschaften und im Bereich der Zweckforschung auf die verstaatlichte Industrie. Wissenschaft und Forschung waren in Österreich völlig unterfinanziert, nur vereinzelt wurden Forschungsvorhaben von einzelnen Ministerien gefördert.⁴⁴ Der Staatsaufwand für Hochschulen und wissenschaftliche Anstalten betrug im Voranschlagsentwurf für 1949 weniger als 0,1 Prozent des Nationaleinkommens. In den USA und der Sowjetunion lag er schon bei 1 Prozent, verglichen mit Österreich war das Wissenschaftsbudget in diesen Ländern somit prozentuell zehnmal höher.

Als 1948 ein Arbeitsausschuss von SPÖ- und KPÖ-nahen Wissenschaftlern, unter ihnen Remigranten, des neu gegründeten Wiener Instituts für Wissenschaft und Kunst die Initiative ergriff und auf einer „Enquete über die Lage des wissenschaftlichen Lebens in Österreich“ im Wiener Rathaus die Forderung nach Einrichtung einer koordinierten staatlichen Wissenschaftsförderung

44 Rupert Pichler/Michael Stampfer/Reinhold Hofer, *Forschung, Geld und Politik. Die staatliche Forschungsförderung in Österreich 1945–2005*, Innsbruck/Wien/Bozen 2007; Gerhard Oberkofler/Eduard Rabovsky, *Wissenschaft in Österreich (1945–1960). Beiträge zu ihren Problemen*, Frankfurt am Main u. a. 1989.

im Rahmen eines Forschungsrates stellte,⁴⁵ gelang es Meister, diese und alle weiteren Vorschläge, die die Bedeutung der Akademie in der österreichischen Wissenschaftslandschaft geschmälert hätten, abzuschmettern. Meister witterte die Gefahr, dass ein neuer Forschungsrat die bestehende konservative Wissenschaftsstruktur zerstörte, denn dessen Ziel war es – wie auf der Enquete diskutiert –, neue, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen zu begründen und zu betreiben. Es sollte noch zwei Jahrzehnte dauern, bevor in Österreich vor dem Hintergrund von Systemkonkurrenz und wirtschaftlicher Wachstumseuphorie das Forschungsförderungsgesetz verabschiedet und 1967 die beiden selbständigen Fonds FWF (Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung) und FFF (Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft) gegründet wurden. Wissenschaft und Forschung wurden nun auch in Österreich, das in den 1960er-Jahren unter den Industriestaaten noch immer (gemeinsam mit Finnland) Schlusslicht in der Wissenschaftsförderung war, als einer der wesentlichsten Wachstumsfaktoren erkannt.⁴⁶ Unter dem Vorzeichen der aufholenden Modernisierung und der Angst, im Systemwettbewerb zu unterliegen, schienen sich Investitionen in Forschung und Entwicklung auszuzahlen.

Die Strategie, die Meister 1948 zur Verhinderung des Forschungsrates angewandt hatte, bestand darin, den Schwerpunkt der Forschungsratsdebatte von der Finanzierungsfrage auf das Thema der Koordinierung der Wissenschaften zu verlagern: „Das Bedenklichste ist aber“, so erklärte Meister 1948 in einer Gesamtsitzung der ÖAW, „daß diese seit 1945 laut gewordene Forderung nach einer Stelle der Koordination der Wissenschaft, die namentlich auch über die Aufbringung und Verteilung finanzieller Mittel

45 Denkschrift aufgrund der Enquete über die Lage des wissenschaftlichen Lebens in Oesterreich, abgehalten im Festsale des Neuen Wiener Rathauses am 4. November 1948, hg. vom Institut für Wissenschaft und Kunst IWK, Wien 1948.

46 Vgl. Theodor Prager, *Forschung und Entwicklung. Eine Studie der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung der Wiener Kammer für Arbeiter und Angestellte*, Wien 1965, S. 15.

zu verfügen hätte, von Anfang an gegen die Akademie gerichtet war.“⁴⁷ Richard Meister war bereits im Juli 1945 mit dem Anliegen der Errichtung eines österreichischen Forschungsrates konfrontiert gewesen, „für den etwa, nach russischem Vorbild, eine personell wesentlich verjüngte und aktivierte Akademie der Wissenschaften den geeigneten Rahmen“ abgeben hätte sollen.⁴⁸ Dieser Vorstoß, der zu einer „gänzlichen Umgestaltung“ der Akademie der Wissenschaften in eine Art „Wissenschaftskammer“⁴⁹ führen hätte sollen, wurde von Norbert Bischoff, einem hochrangigen Vertreter des Bundeskanzleramtes/Auswärtige Angelegenheiten, vorgebracht. Meister konnte den Vorstoß geschickt abwehren,⁵⁰ auf seine Initiative wurde am 3. August 1945 an der Akademie der Wissenschaften die Verbandskommission Österreichischer Wissenschaft zur Koordination der Forschung in Österreich eingesetzt. In Analogie zur Verbandskommission sollte nach Meisters Vorstellungen auch der künftige Forschungsrat als „Stätte der organisatorischen Zusammenfassung der Wissenschaft unseres Landes“ konstituiert und dauernd von der Akademie geleitet werden. Meister zufolge sollte der Forschungsrat weder vornehmlich die Aufgabe haben, neue Institute zu gründen, noch die Gelder für wissenschaftliche Unternehmungen und Forschungen aufzubringen und zu verteilen. Der Forschungsrat müsse sich vielmehr auf die Rolle des „ideellen Areopags“ beschränken, der „alle einschlägigen Probleme“ zu diskutieren und gegebenenfalls Entscheidungen zu treffen habe. Dadurch könne laut Meister die Gefahr einer „unübersehbaren Abseitsentwicklung“ der Forschung von den

47 Richard Meister, Erklärung betreffend die Mitwirkung der Akademie bei der Gründung eines österreichischen Forschungsrates, abgegeben in der Gesamtsitzung der Akademie am 10. Dezember 1948. AÖAW. Allgemeine Akten, 1686/48.

48 Zuschrift von Legationsrat Norbert Bischoff vom 12.7.1945. AÖAW. Allgemeine Akten 703/45.

49 Meister, Geschichte der Akademie der Wissenschaften in Wien 1847–1947, S. 191.

50 Norbert Bischoff war 1944 im Rahmen der Böhmer-Stiftung an der Akademie der Wissenschaften mit der Neubearbeitung der *regesta imperii* beschäftigt gewesen. Vgl. Feichtinger/Uhl, Die Österreichische Akademie der Wissenschaften nach 1945, S. 313–339.

Universitäten und einer „allmählichen Atrophierung“ der Hochschulen gebannt werden. Meister erklärte 1948 vor versammelter Akademie: „Wenn also eine solche Stätte der Koordination der Wissenschaft, wie man heute sagt, geschaffen werden soll, so ist dies meiner Überzeugung nach einzig und allein die Akademie. Sie ist geradezu der prädestinierte Forschungsrat.“⁵¹

Meisters Rolle als Wissenschaftspolitiker ist für die ersten beiden Nachkriegsjahrzehnte nicht zu unterschätzen. Seine unangefochtene Stellung in der österreichischen Forschungslandschaft beruhte auf zwei ‚Meisterleistungen‘, für die ihm die Spitzen der österreichischen Wissenschaft zu Dank verpflichtet waren: Zum einen verdankten ihm die ehemaligen NSDAP-Mitglieder in der Akademie der Wissenschaften die Reaktivierung ihrer Akademiemitgliedschaft. Meister, der der Ansicht war, dass die Akademie in der NS-Zeit nicht aufgehört hatte, „im Sinne streng objektiver Forschung“ zu arbeiten,⁵² war es gelungen, die Akademie der Wissenschaften vor weitergehenden Entnazifizierungsmaßnahmen zu verschonen. Zum anderen hatte Meister die Akademie der Wissenschaften 1945 vor ihrer Auflösung bewahrt und verhindert, dass sie in eine Art koordinierenden Forschungsrat für Österreich umgewandelt wurde: „Ich habe in der schweren und sehr unübersichtlichen Situation des Jahres 1945 versucht, diese Bewegung gegen die Akademie durch die Gründung der Verbandskommission abzufangen, wodurch eine uferlose Diskussion mit unabsehbaren Folgen mindestens unfruchtbaren Experimentierens abgewehrt wurde. Man mag dies heute geringschätzen; wer aber diesen Gefahren begegnen und jenen Stimmen Rede stehen mußte inmitten der verworrenen Verhältnisse des Frühsommers

51 Meister, Erklärung betreffend die Mitwirkung der Akademie bei der Gründung eines österreichischen Forschungsrates, 1948.

52 AÖAW. Protokoll der Gesamtsitzung vom 22. Juni 1945 (A 995), Bericht von Richard Meister. In seiner Akademiegeschichte von 1947 schreibt er bezüglich der Jahre 1938 bis 1944: „Aber die Akademie darf sich sagen [sic], daß sie in den Arbeiten, die sie während dieses Zeitraums weitergeführt hat und in Veröffentlichungen herausgebracht hat, von der Linie streng wissenschaftlicher Objektivität der Forschung nicht abgewichen ist.“ Meister, Geschichte der Akademie der Wissenschaften in Wien 1847–1947, S. 186.

1945, wird auch im Rückblick auf die damalige Zeit meine Bedenken nicht für übertrieben finden.“⁵³

Nachdem das Bundesgesetz über den Forschungsrat vor den Wahlen von 1949 nicht mehr verabschiedet worden war, torpedierte Meister während seiner Amtszeit (von 1945 bis 1951 als stellvertretender Leiter bzw. Vizepräsident und von 1951 bis 1963 als Präsident) sämtliche Versuche der Errichtung eines Forschungsrates. Die führende Rolle der Akademie sollte nicht gefährdet sein, daher sah Meisters Konzept einen zentralisierten Forschungsförderungsfonds vor, der keine neuen Institute errichtete.

Seit Mitte der 1950er-Jahre waren im Bundesbudget zusätzliche Ausgaben für Forschung veranschlagt; sie wurden aber nicht vergeben, weil keine Einigung über die gesetzliche Institutionalisierung der Forschungsförderung erzielt werden konnte. Der 1958 von SPÖ-Seite eingebrachte Vorschlag für ein Forschungsrat-Gesetz fand nach heftigen Protesten der Akademie und der Universitäten keine parlamentarische Mehrheit; Akademie und Universitäten waren in die Erarbeitung des Gesetzesentwurfs nicht einbezogen worden. Die ÖAW lehnte den Entwurf in ihrer Gesamtsitzung im März 1958 „zur Gänze“ ab.⁵⁴ Die Gründe dafür sind aus dem Referat „Die Lage der Akademie neben einem Forschungsrat“, das der Vizepräsident der ÖAW, Erwin Kruppa, im April 1958 hielt, ersichtlich. Kruppa stellte die Kardinalfrage: „Was für eine Existenzberechtigung hat unsere Akademie, wenn neben ihr ein gut funktionierender Forschungsrat steht, der alle Funktionen ausüben darf, die der Akademie zustehen, der darüber hinaus ein größeres Wissenschaftsgebiet bearbeitet und über weit größere materielle Mittel verfügt?“ Eindringlich wies Kruppa die versammelten Mitglieder auf die gefährdete Stellung der Akademie hin: „Ich erblicke in diesem Gesetzesentwurf einen Anschlag auf die Existenz unserer Akademie.“ Sie müsse „früher oder später

53 Meister, Erklärung betreffend die Mitwirkung der Akademie bei der Gründung eines österreichischen Forschungsrates, 1948.

54 AÖAW. Protokoll der Gesamtsitzung vom 14. März 1958 (A 1095), S. 8.

ein historisches Relikt, bestenfalls ein Aushängeschild für das Ausland werden.“⁵⁵

Zwar fand dieser Gesetzesvorschlag keine parlamentarische Mehrheit, Meister musste aber zunehmend erkennen, dass auf lange Sicht ein Forschungsrat nicht zu verhindern war. So konzipierte er in seiner Schrift *Die Zukunft der wissenschaftlichen Produktion und die Stellung der Akademie der Wissenschaften* von 1960 einen Forschungsrat nach seinen Vorstellungen. Meister setzte sein Konzept durch. Im selben Jahr wurde an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften ein Forschungsrat mit der Aufgabe der Förderung wissenschaftlicher Forschung errichtet.

Die für uns entscheidende Frage lautet: Woher nahm Meister die Ideen für sein letztes Meisterstück? Die These, die hier ausgeführt werden soll, lautet: aus Ost- und Westdeutschland. 1956, nach der Wiedererlangung der völligen Souveränität Österreichs, wurde – wie erwähnt – der Verband der wissenschaftlichen Körperschaften, das als aufgelöst betrachtete „Kartell der deutschen Akademien“⁵⁶, in informeller Form über sogenannte Arbeitsbesprechungen der Präsidenten der Akademien in Berlin, Göttingen, Heidelberg, Leipzig, München, Wien und ab 1958 auch in Mainz weitergeführt.

Meisters Initiative stieß aufseiten der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin und der westdeutschen Akademien auf Anklang. Das Kartell bot den Akademien der beiden deutschen Staaten eine Bühne: Den einen ermöglichte sie die Selbstbehauptung im Westen, den anderen, die ihren Stellenwert aufgrund anderer außeruniversitärer Forschungsträger zusehends verloren hatten, eine Selbstdarstellung auf internationaler Ebene; der Österreichischen Akademie der Wissenschaften bot die Zusammenarbeit die Möglichkeit, ältere ‚gesamtdeutsche‘ geisteswissenschaftliche Großprojekte (wie die Edition der Inschriften des

55 Erwin Kruppa, Die Lage der Akademie neben einem Forschungsrat, Koreferat zum Vortrag des Präsidenten [Richard Meister] in der Gesamtsitzung vom 25. April 1958. AÖAW. Allgemeine Akten 610/58.

56 Meister, Geschichte der Akademie der Wissenschaften in Wien 1847–1947, S. 115 (und weitere Nennungen).

Deutschen Mittelalters) wieder in Angriff zu nehmen. Die erste Arbeitsbesprechung fand anlässlich der feierlichen Sitzung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften am 16. Mai 1956, die letzte am 3. Juni 1964 in Wien statt. Gemeinsame Projekte wurden in die Wege geleitet, Zuständigkeiten erörtert und Beschlüsse gefasst.⁵⁷ Andreas Wöckinger zeigt, dass in den elf Treffen der Akademiepräsidenten – vier davon fanden in Wien statt – die ÖAW bemüht war, den gesamtdeutschen Standpunkt zu vertreten.⁵⁸ In einem Brief Richard Meisters an den Bundesminister für Unterricht, Heinrich Drimmel, vom 28. Juni 1961 heißt es: „Es ist bisher gelungen, immer einen gesamtdeutschen Standpunkt der Wissenschaft ohne ideologischen Streit festzuhalten und durchzusetzen. Es wird Sie interessieren, daß Österreich im Kreise der genannten Akademien heute absolut die Führung hat.“⁵⁹ Beispielhaft zeigte Meister dies an der renommierten wissenschaftlichen Rezensionszeitschrift für Natur- und Geisteswissenschaften *Deutsche Literaturzeitung für Kritik der internationalen Wissenschaft*. Sie wurde 1923 als gemeinsame Zeitschrift der Akademien zu Berlin, Göttingen, Heidelberg, Leipzig, München und Wien gegründet und ab 1945 von der Akademie der Wissenschaften in Berlin (der späteren Akademie der Wissenschaften der DDR) weitergeführt. Es sei nicht zuletzt „durch das Eintreten Wiens durchgesetzt worden, daß das Redaktionskollegium nicht wie bisher bloß aus 2 Fachleuten (1 naturwissenschaftlichen aus dem Osten und einem geisteswissenschaftlichen aus dem Westen) zusammengesetzt werden soll, sondern durch 4, nämlich je 1 Geisteswissenschaftler und 1 Naturwissenschaftler aus dem Osten und aus dem Westen. [...] Der unzweifelhafte Vorteil dieser Lösung ist, daß beide deutschen Hälften sich zu extremer Stellungnahme

57 Vgl. Protokoll über die informelle Arbeitsbesprechung der Präsidenten der deutschen Akademien der Wissenschaften, Wien, 16. Mai 1956. AÖAW. Arbeitsbesprechungen der Präsidenten.

58 Vgl. Wöckinger, Die Akademie der Wissenschaften in Wien im Kartell der deutschsprachigen Akademien, S. 13.

59 Richard Meister an Heinrich Drimmel, 28.6.1961. AÖAW. Arbeitsbesprechungen der Präsidenten.

enthalten müssen und dadurch eine größere Objektivität erreicht wird.“⁶⁰ Die Funktion des Naturwissenschaftlers aus dem Westen hatte bis Anfang der 1970er-Jahre das wM Fritz Knoll inne. Knoll war am 15. März 1938, unmittelbar nach dem „Anschluss“, zum kommissarischen Rektor der Universität Wien ernannt und eine Woche später mit der „Wahrung der Interessen der Landesleitung der NSDAP in Oesterreich für den Bereich der Akademie der Wissenschaften“ betraut worden.⁶¹

Bemerkenswert ist, dass im Zeitraum von 1956 bis 1964, in dem die Arbeitsbesprechungen stattfanden, jeder der Akademiepräsidenten die philologisch-historischen Wissenschaften repräsentierte, so u. a. Wolfgang Steinitz (Berlin, Sprachwissenschaftler und Volkskundler), Werner Hartke (Berlin, Altphilologe), Theodor Frings (Leipzig, Altgermanist), Friedrich Baethgen (München, Mediävist) und eben Richard Meister (Wien, Altphilologe). Die Arbeitsbesprechungen, die an den verschiedenen Akademien stattfanden, öffneten Meister die Augen für den Ost- und West-Weg der Wissenschaftsorganisation, seine Risiken und Chancen. Auf diese beiden Wege verwies Meister in seiner Denkschrift von 1960: „Den ersteren Weg ist die Neuordnung der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin gegangen“; während sie „ihre Aufgabe ursprünglich vor allem darin gesehen hatte, den geistigen Austausch unter ihren Mitgliedern zu pflegen“, sei es ihr nunmehr gelungen, „zum Organisator der größten und bedeutendsten Forschungseinrichtungen“ in der DDR zu werden: „Man darf dieser Organisation zubilligen, daß sie das Problem der Koordinierung in hervorragender Weise gelöst hat.“⁶² Den anderen Weg sei die Deutsche Forschungsgemeinschaft im Westen gegangen, durch die Förderung der einzelnen wissenschaftlichen Unternehmen in den verschiedenen Institutionen und der individuellen Vorhaben der

60 Ebd.

61 Vgl. Herbert Matis, Das Akademiepräsidium in der NS-Zeit, in: Feichtinger/Matis/Sienell/Uhl (Hg.), Die Akademie der Wissenschaften in Wien 1938 bis 1945, S. 27–35.

62 Richard Meister, Die Zukunft der wissenschaftlichen Produktion und die Stellung der Akademie der Wissenschaften, Wien 1960, S. 41.

einzelnen Forscher.⁶³ Meister zog daraus den Schluss, dass ein Mittelweg ohne politische Lenkung und Ökonomisierung für Österreich der richtige war.

Die Organisationsdebatte spitzte sich in den Arbeitsbesprechungen der Präsidenten zunehmend auf die Einrichtung und Tätigkeit von Forschungsräten zu: 1957 war in der Bundesrepublik von Bund und Ländern der Wissenschaftsrat gegründet worden, in dem die Akademien als Institutionen offenkundig kein Mitspracherecht hatten. Meister sah darin naturgemäß eine Gefahr für die Stellung der Akademien und stellte auf der Arbeitsbesprechung der Akademiepräsidenten in Göttingen am 8. November 1958 die Frage: „Ist ein Forschungsrat annehmbar, der die drei Aufgaben: Förderung der Wissenschaften, Beratung der Behörden und Errichtung von Instituten, vereinigen will?“⁶⁴ Ein Forschungsrat dieser Art sei – wie er der Gesamtsitzung der ÖAW am 14. November 1958 berichtete – von den Akademiepräsidenten „allgemein abgelehnt“ worden.⁶⁵ Auch in Österreich lag zu diesem Zeitpunkt ein Gesetzesentwurf zur Schaffung eines Forschungsrates vor, in dem die Akademie nicht vertreten war. Meister gelang es, wie bereits ausgeführt, diese Initiative abzuwürgen. Doch standen die Akademien unter Zugzwang: „Die zunehmende Errichtung von Forschungsinstituten außerhalb der Akademien und der wissenschaftlichen Hochschulen, teils durch den Staat, teils durch gelehrte Körperschaften (z. B. Max-Planck-Gesellschaft), teils durch die Industrie, legt den Akademien und Hochschulen die Pflicht auf, ihre Stellung des Verhältnisses von Forschung und Lehre zu revidieren und eine Ausweitung der Möglichkeiten der Forschung in ihnen in Erwähnung zu ziehen.“ Meister präsentierte dahingehend auf der Präsidentenbesprechung am 22. Mai 1959 in

⁶³ Vgl. ebd., S. 42.

⁶⁴ Besprechung der Präsidenten der deutschen Akademien der Wissenschaften und der Österr. Akademie der Wissenschaften, Göttingen, 8. November 1958. Bericht des Präsidenten der Österr. Akademie der Wissenschaften über „Die Lage der produktiven Wissenschaft in den Akademien, Hochschulen und Forschungsinstituten“, AÖAW. Arbeitsbesprechungen der Präsidenten.

⁶⁵ AÖAW. Protokoll der Gesamtsitzung vom 14. November 1958 (A 1100), S. 9.

Heidelberg zwei Möglichkeiten, „an den wissenschaftlichen Hochschulen [...] Forschungsstellen [...] einzurichten“ und „den Akademien die Möglichkeit zu bieten, Forschungsinstitute zu führen“.⁶⁶

Bei der Arbeitsbesprechung in München am 23. November 1959 erkannte Meister den Wissenschaftsakademien in seinem Referat „Forschungsinstitute der Akademien“ programmatisch eine führende Rolle zu. Seine unabdingbare Forderung lautete zum einen die „Aufrechterhaltung des Grundsatzes der Forschung um der Erkenntnis willen und die möglichste Intensivierung der Forschungsarbeiten in den Akademien und den Hochschulen und in den Forschungsinstituten außerhalb“ und „demgemäß auch die Freihaltung der Forschung von jeglicher Bevormundung durch die Wirtschaft oder die Politik“. Zum anderen bestand er darauf, dass es „keine wissenschaftliche Unternehmung, keine wissenschaftliche Institution, sei es im eigenen Bereiche, sei es in der internationalen Organisation der Wissenschaft, geben [dürfe], für die die Akademien nicht nur ihren Anspruch auf Mitwirkung anmeldeten, aber auch ihre Mitwirkung tatkräftig einsetzten.“⁶⁷ Dafür formulierte er Voraussetzungen, nämlich die Ausstattung der Akademien mit wissenschaftlichen Mitarbeitern, die Angliederung von wissenschaftlichen Instituten „mittlerer Größe“, die Zusammenarbeit mit anderen (zum Teil von ihr gegründeten) Instituten bzw. Akademien in wissenschaftlichen Unternehmungen und die Übernahme der wissenschaftlichen Leitung über die Forschungsunternehmungen außerhalb der Akademien. Die Akademie blieb für ihn jener „ideelle Areopag“, als den sie Meister schon 1948 verstanden hatte. Meister argumentierte im Sinne der Akademie als Trägerinstitution der wissenschaftlichen Forschung und warnte zugleich auch vor einer „unübersehbaren Abseitsentwicklung“ der

66 Präsidentenbesprechung am 22.5.1959. Tagesordnung 2. Verschiedenes. Führung von Instituten durch die Akademien. AÖAW. Arbeitsbesprechungen der Präsidenten.

67 Richard Meister, Forschungsinstitute der Akademien. Referat, gehalten auf der Arbeitsbesprechung der Akademiepräsidenten am 23. November 1959 in München. AÖAW. Arbeitsbesprechungen der Präsidenten.

Forschung von den Universitäten. Meister verblieb ein überzeugter Anhänger der „modernen deutschen Universität, deren Hauptgrundsatz die Verbindung von Forschung und Lehre“ sei. Vor diesem Hintergrund unterbreitete er Reformvorschläge zur Koordination der Forschung in den Akademien, Hochschulen und Forschungsinstituten. Allerdings erkannte er zugleich, dass diesem Maßstab weder die Forschungsorganisation von Ost- noch von Westdeutschland gerecht zu werden vermochte. Im Osten sei der „großzügige Gedanke“ verwirklicht worden, „alle maßgeblichen Forschungsinstitute und Forschungskommissionen und selbst eine Reihe von Publikationsorganen“ der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin zu unterstellen. Aufgrund dieses Organisationsprinzips konnte er „die Frage nicht unterdrücken, ob durch eine solche einheitliche Organisation der Wissenschaftsproduktion nicht die Universitäten und sonstigen wissenschaftlichen Hochschulen in die Rolle bloßer Lehranstalten gedrängt würden und die Wissenschaft an ihnen atrophiert werden könnte.“ Für das westliche Modell befürchtete er, dass es „unvermeidlich“ sei, „daß den Akademien und Hochschulen die Wissenschaftsproduktion namentlich dort, wo Großinstitute hierfür notwendig sind“, nämlich „für gewisse Zweige namentlich der Naturwissenschaften und der Technik“, zum Teil aus der Hand genommen werden könnte, was teilweise schon der Fall wäre. „In Kauf genommen werden“ müsse hierbei, „daß solchen Instituten die Verbindung von Forschung und Lehre wie an den Universitäten und die Möglichkeiten eines Gedankenaustausches der verschiedenen Fächer untereinander wie an den Akademien fehlen“, doch sei zu fordern, „daß in allen solchen Instituten, soweit sie der Grundlagenforschung dienen, das Prinzip der Forschung um der Erkenntnis willen und, soweit sie der Zweckforschung dienen, die strenge Wissenschaftlichkeit der Arbeit gewahrt bleibt.“⁶⁸

Diese Reformvorschläge setzte der mittlerweile achtzigjährige Akademiepräsident Richard Meister 1960 um. Praktisch im Alleingang errichtete er (mit der Rückendeckung des ÖVP-Unter-

68 Ebd., S. 4.

richtsministers Heinrich Drimmel) an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften den Österreichischen Forschungsrat, der für Universitäten und ÖAW zuständig war: Der als Verein am 23. Juni 1960 gegründete Forschungsrat hatte im Unterschied zum Wissenschaftsrat der Bundesrepublik keine beratende Aufgabe; auch hatte er im Unterschied zur Max-Planck-Gesellschaft keine – wie von der SPÖ gefordert – Institute führende Funktion. Seine Aufgabe bestand nach dem Vorbild der DFG in reiner Forschungsförderung: Gefördert wurden Einzelprojekte auf der Grundlage eines erstaunlich objektiven Vergabeverfahrens, in dem für Antragsbegutachtung und Projektbewilligung unterschiedliche Gremien zuständig waren und Politikern jede Einflussnahme verwehrt war. Unterrichtsminister Drimmel übergab der Akademie 6 Millionen Schilling zur Vergabe in treuhändige Verwahrung. Die Medien kommentierten dieses Meisterstück unterschiedlich: Von bürgerlich-konservativer Seite wurde die Errichtung des Forschungsrates als „Wissenschaft ohne Politik“ gelobt, die sozialdemokratische *Arbeiterzeitung* bezeichnete ihn despektierlich als „Drimmels Forschungsverein“.⁶⁹ Akademiepräsident Meister enthielt sich jeden Kommentars. Durch den 1967 gegründeten Rechtsnachfolger Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF) wurde schließlich eine Forschungsförderungsstruktur geschaffen, welche für die Grundlagenforschung in Österreich bis heute bestimmend ist. Meister hatte somit sein auf der Präsidentenbesprechung in Göttingen 1958 vorgebrachtes Anliegen, Wissenschaftsförderung und Errichtung von Instituten institutionell zu trennen, verwirklicht. Der Österreichische Forschungsrat verwaltete öffentliche und private Mittel, installierte ein Kuratorium ohne Politiker und förderte Einzelprojekte, gründete und führte jedoch keine neuen Forschungseinrichtungen. Das ebenfalls von Meister vorgebrachte Ziel, die Forschungstätigkeit der Akademien auszuweiten, wurde durch zwei Beschlüsse auf der Präsidentenbesprechung in Mainz 1962 hingegen zur Leitlinie für die westdeutschen Akademien erhoben. Die

69 Arbeiter-Zeitung, 12.5.1960 und Die Presse, 24.6.1960.

Beschlüsse lauteten wie folgt: „1. Die Akademien bestehen auf ihrem Rechte, Institute nach Maßgabe Ihrer Geldmittel und der hierfür vorhandenen initiativen Persönlichkeiten zu errichten und zu führen, wie dies tatsächlich in mehreren Akademien (z. B. in München) der Fall ist.“ „2. Die westdeutschen Akademien machten sich den Reformplan der Österreichischen Akademie zu eigen, bei den zuständigen Länderregierungen die Schaffung von Dienstposten für höher qualifizierte wiss. Mitarbeiter zu beantragen.“⁷⁰

Nach dem Mauerbau 1961 wurde es zunehmend schwieriger, gemeinsame Arbeitsbesprechungen der Präsidenten abzuhalten. An der Arbeitsbesprechung in Mainz 1962 konnten die Präsidenten der Berliner und Leipziger Akademie nicht teilnehmen. Auf der Besprechung der Präsidenten der westdeutschen Akademien der Wissenschaft im November 1963 in München – eine Arbeitsbesprechung mit den Akademiepräsidenten von Berlin und Leipzig war nicht zustande gekommen – wurde die Möglichkeit der Fortsetzung der Arbeitsbesprechungen erörtert und festgestellt, „daß zwischen den Akademien des Ostens und des Westens immer weniger Kontakt und Zusammenarbeit möglich ist.“⁷¹ Mit dem Mauerbau kamen die Arbeitsbesprechungen der Präsidenten der Akademien in Berlin, Göttingen, Heidelberg, Leipzig, Mainz, München und Wien zum Erliegen, mit dem Ende der Akademiepräsidentschaft Richard Meisters war diese Ära schließlich vorüber. An den Präsidenten der Sächsischen Akademie, Theodor Frings, schrieb Meister nach seinem Rücktritt als Akademiepräsident 1963: „Ich darf Sie versichern, daß es mir ein wahres Herzensbedürfnis war, für die Einheit der deutschen Wissenschaft durch den Zusammenschluß aller Akademien deutscher Sprache in den Arbeitsbesprechungen der Akademiepräsidenten und in der Pflege des gegenseitigen Besuches der feierlichen Sitzungen

70 Bericht über die Arbeitsbesprechung der Akademiepräsidenten in Mainz am 1. März 1962. AÖAW. Arbeitsbesprechungen der Präsidenten.

71 Mitteilung des w.M. Richard Meister über die Fortsetzung von Arbeitsbesprechungen der Akademiepräsidenten, vorgelegt in der Sitzung am 13.12.1963. AÖAW. Arbeitsbesprechungen der Präsidenten.

tätig sein zu können.“⁷² Die Rede von der „Einheit der deutschen Wissenschaft“ war Mitte der 1960er-Jahre bereits weitgehend überholt. Als im Jahr 1970 auf Einladung von ÖAW-Präsident Albin Lesky die Konferenz der Akademien der Wissenschaften in der Bundesrepublik ihre Sitzung in Wien abhielt, nahm Lesky an der im Hotel Bristol abgehaltenen Sitzung nur noch als Gast teil.⁷³

Schlussbemerkung: Die ÖAW als Akademie nach sowjetischem Modell?

Die Struktur der ÖAW erweckt zuweilen den Anschein, die Wiener Akademie sei nach dem sowjetischen Modell einer Forschungsakademie organisiert. Wie gezeigt werden konnte, kann nicht von einer direkten Übernahme des sowjetischen Modells gesprochen werden. Die seit 1945 immer wieder aufflammende Debatte über die Errichtung eines Forschungsrates konnte das ÖAW-Präsidium unter Federführung Richard Meisters abwehren bzw. in seinem Sinne führen. 1960 gelang Meister die Schaffung des Österreichischen Forschungsrates nach seinen Vorstellungen, der Einzelprojekte bewilligte, die an der Akademie oder den Universitäten durchgeführt wurden. Meister orientierte sich dabei an den Erfahrungen, die er auf den Arbeitsbesprechungen der Akademiepräsidenten im Hinblick auf die Lage der Wissenschaft in der DDR und der Bundesrepublik gemacht hatte. Die dominierende Stellung, die die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin innehatte, konnte für Meister, den Verfechter der Verbindung von Forschung und Lehre, kein Vorbild sein, da sie notwendig zu einer Abseitsentwicklung der Forschung an den Universitäten führen würde. Die Stellung der Westakademien sah er, abgesehen von München, durch die Konkurrenz der großen außeruniversitären Forschungsgesellschaften marginalisiert. Dennoch wurden beide Modelle zum

72 Richard Meister an Theodor Frings, 3.12.1963. AÖAW. Arbeitsbesprechungen der Präsidenten.

73 Vgl. Protokoll. Sitzung der Konferenz der Akademien der Wissenschaften in der Bundesrepublik, am 27. Mai 1970 in Wien, Hotel Bristol. AÖAW. Arbeitsbesprechungen der Präsidenten.

Vorbild: Von der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin übernahm er die Institutsstruktur, vom Westen die Förderstruktur. Die DFG war ihm ein wichtiges Vorbild für die Einrichtung des Forschungsrates, durch den er die ÖAW zu stärken versuchte. Damit ebnete Meister den Weg für den Ausbau der ÖAW zum größten außeruniversitären Wissenschaftsträger in Österreich, den seine Nachfolger – zunächst Erich Schmid – mit der 1966 erfolgten Gründung der ersten beiden Akademie-Forschungsinstitute, dem Institut für Hochenergiephysik (HEPHY) und dem Institut für Molekularbiologie, beschritten. Den Anstoß zur Gründung des HEPHY als erstem Grundlagenforschungsinstitut für experimentelle Teilchenphysik gab die 1959 eingegangene Mitgliedschaft Österreichs in der Europäischen Organisation für Kernforschung CERN mit Sitz in Genf. Bis heute ist die Akademie sowohl Gelehrtenengesellschaft als auch Forschungsträger; derzeit gehören der ÖAW 28 Institute der Grundlagenforschung an.